



KARL MARX

Politische Schriften

LAMBERT SCHNEIDER

Am besten lesen.

Karl Marx

Werke, Schriften

Band I Frühe Schriften I

Band II Frühe Schriften II

Band III Politische Schriften

Band IV Ökonomische Schriften I

Band V Ökonomische Schriften II

Band VI Ökonomische Schriften III



LAMBERT SCHNEIDER

Am besten lesen.

Am besten lesen.

Am besten lesen.

Karl Marx

Werke, Schriften

Politische Schriften

Am besten lesen.

Am besten lesen.

Am besten lesen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Der Lambert Schneider Verlag ist ein Imprint der WBG
(Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
© 2013 by Lambert Schneider Verlag, Darmstadt

Die Herausgabe des Werkes wurde durch
die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.

Einbandgestaltung: Peter Lohse, Heppenheim
Einbandabbildung: Karl Marx/Fotopostkarte, um 1880
© akg-images

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.lambert-schneider-verlag.de

ISBN 978-3-650-25844-1

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-650-73636-9

eBook (epub): 978-3-650-73637-6

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTER BAND

ARTIKEL AUS DER „NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG“	1
Die demokratische Partei	1
Camphausens Erklärung in der Sitzung vom 30. Mai	4
Programme der radikaldemokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt	8
Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni . . .	13
Sturz des Ministeriums Camphausen	14
Die Junirevolution	16
Der preußische Pressegesetzentwurf	21
Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudal- lasten	24
Die russische Note	31
Die Krisis und die Konterrevolution	39
Revolution in Wien	48
„Aufruf des Demokratischen Kongresses an das deutsche Volk“	50
Die Wiener Revolution und die „Kölnische Zeitung“	54
Die neuesten Nachrichten aus Wien, Berlin und Paris	56
Sieg der Konterrevolution zu Wien	58
Die Konterrevolution in Berlin	61
Die Bourgeoisie und die Konterrevolution	65
REDE VOR DEN KÖLNER GESCHWORENEN	94
DIE KLASSENKÄMPFE IN FRANKREICH	121
I. Die Juniniederlage 1848	122
II. Der 13. Juni 1849	151

III. Folgen des 13. Juni 1849	189
IV. Die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts 1850	229
ANSPRACHEN DER ZENTRALBEHÖRDE AN DEN BUND	
— MÄRZ UND JUNI 1850	246
Die Zentralbehörde an den Bund (März 1850)	246
Die Zentralbehörde an den Bund (Juni 1850)	259
DER ACHTZEHNTE BRUMAIRE DES LOUIS BONAPARTE	268
ÜBER ENGLISCHE WAHLEN UND PARTEIEN	388
Die Wahlen in England — Tories und Whigs	388
Die Chartisten	395
Wahlkorruption	407
Das Ergebnis der Wahlen	414
Pauperismus und Freihandel — Die drohende Handelskrisis	420
Die politischen Konsequenzen des kommerziellen Paroxysmus	428
Die Versuche, eine neue Oppositionspartei zu gründen	433
Politische Parteien und Aussichten	438
Der Chartismus	443
ENTHÜLLUNGEN ÜBER DEN KOMMUNISTENPROZESS ZU KÖLN	
I. Vorläufiges	450
II. Das Archiv Dietz	455
III. Das Komplott Cherval	459
IV. Das Originalprotokollbuch	475
V. Das Begleitschreiben des roten Katechismus	504
VI. Die Fraktion Willich-Schapper	507
VII. Das Urteil	513

VIII. Nachtrag aus der Leipziger Auflage von 1875	519
1. Beilage 4 zu „Herr Vogt“	519
2. Nachwort von Marx	532
ÜBER CHINA UND INDIEN	536
Die Revolution in China und in Europa	536
Die Britische Herrschaft in Indien	546
Die Ostindische Gesellschaft, ihre Geschichte und die Ergebnisse ihres Wirkens	554
Die zukünftigen Ergebnisse der englischen Herrschaft in Indien	565
Der neue chinesische Krieg	573

ZWEITER BAND

PALMERSTON	581
DAS REVOLUTIONÄRE SPANIEN	661
ENTHÜLLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER GEHEIM- DIPLOMATIE IM 18. JAHRHUNDERT	727
ZUM BÜRGERKRIEG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN	833
Die amerikanische Frage in England	833
Der nordamerikanische Bürgerkrieg	846
Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten	860
INAUGURALADRESSE UND STATUTEN DER INTERNATIONALEN ARBEITERASSOZIATION	866
Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterasso- ziation	866
Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiter- assoziaton	877

DER BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH	882
I. Erste Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg	882
II. Zweite Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg	888
Adresse des Generalrates über den Bürgerkrieg in Frankreich	897
Beilagen I	953
II	955
DIE ANGEBLICHEN SPALTUNGEN DER INTERNATIONALE	958
Vertrauliches Rundschreiben des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation	958
Schluß der Schrift „Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die A. I. T.“ (1873)	1010
KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS	1014
Marx an Bracke	1014
Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei	1016
ÜBER DIE ZUKUNFT DER RUSSISCHEN LANDGEMEINDE	1039
Konzept I	1039
Konzept III	1053
Marx an Zasulitsch	1060

ANHANG

Friedrich Engels: Vorwort zu „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“	1062
Friedrich Engels: Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, Ausgabe von 1895	1070

Friedrich Engels: Vorrede zur 3. Auflage (1885)	
„Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“	1093
Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (Als Einleitung zu den „Enthül- lungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Ausgabe 1885)	1095
Friedrich Engels: Vorrede zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, 3. Auflage, Berlin 1891	1118
Friedrich Engels: Vorwort zu „Kritik des Gothaer Programms“, Ausgabe 1891	1133
Vera Zaslitsch an Marx	1134
 NACHWORT DES HERAUSGEBERS	 1137

ERSTER BAND

ARTIKEL AUS DER „NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG“

Zur Begründung der hier vorgelegten Auswahl vgl. das Nachwort dieses Bandes. Der Text der hier mitgeteilten Artikel stützt sich auf die MEGA I/7. Für die bis November 1848 geschriebenen Artikel ist ein Textvergleich mit Band 5 der neuen, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED veranstalteten Marx-Engels-Ausgabe (MEA) durchgeführt. Sinnverändernde Abweichungen vom Text der MEGA sind vermerkt. Vermerkt ist ebenfalls für jeden Artikel, ob und wo die Autorschaft Marxens ausgewiesen ist. Vgl. dazu auch das Nachwort dieses Bandes.

*Die demokratische Partei*¹

„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 2 vom 2. Juni 1848

Köln, 1. Juni. Es ist eine gewöhnliche Anforderung an jedes neue Organ der öffentlichen Meinung: Begeisterung für die Partei, deren Grundsätze es bekennt, unbedingte Zuversicht zu ihrer Kraft, stete Bereitschaft, sei es mit der faktischen Macht das Prinzip zu decken, sei es mit dem Glanz des Prinzips die faktische Schwäche zu beschönigen. Diesem Verlangen werden wir nicht entsprechen. Wir werden erlittene Niederlagen nicht mit täuschenden Illusionen zu vergolden suchen.

Die demokratische Partei hat Niederlagen erlitten; die Grundsätze, die sie im Augenblick ihres Triumphes proklamiert hat, sind in Frage gestellt, das Terrain, das sie wirklich gewonnen, wird ihr Fuß für Fuß streitig gemacht; schon hat sie viel verloren, und bald wird sich die Frage bieten, was ihr noch übriggeblieben sei.

Es kommt uns darauf an, daß die demokratische Partei sich ihrer Stellung bewußt werde. Man wird fragen, warum

¹ Von Marx umgearbeiteter Artikel Heinrich Bürgers (MEGA, MEA).

wir uns an eine Partei wenden, warum wir nicht lieber das Ziel der demokratischen Bestrebungen ins Auge fassen, die Volkswohlfahrt, das Heil aller ohne Unterschied?

Es ist dies das Recht und die Gewohnheit des Kampfes, und nur aus dem *Kampfe* der Parteien, nicht aus scheinklugen Kompromissen, aus einem erheuchelten Zusammengehen bei widerstreitenden Ansichten, Interessen und Zwecken kann das Heil der neuen Zeit erwachsen.

Wir verlangen von der demokratischen Partei, daß sie sich ihrer Stellung bewußt werde. Diese Forderung entspringt aus den Erfahrungen der letzten Monate. Die demokratische Partei hat sich viel zu sehr dem Taumel des ersten Siegesrausches hingeben. Trunken vor Freude, daß sie endlich einmal ihr Prinzip laut und unverhohlen aussprechen durfte, bildete sie sich ein, daß es nur seiner Verkündigung bedürfe, um auch sofort der Verwirklichung sicher zu sein. Über diese Verkündigung ist sie nach ihrem ersten Siege und den Konzessionen, die unmittelbar daran geknüpft waren, nicht herausgekommen. Aber während sie mit ihren Ideen freigebig war und jeden als Bruder umarmte, der nur nicht gleich Widerspruch zu erheben wagte, handelten die anderen, denen die Macht gelassen oder gegeben war. Und ihre Tätigkeit ist nicht verächtlich gewesen. Mit ihrem Prinzip zurückhaltend, das sie nur soweit hervortreten ließen, als es gegen den alten, durch die Revolution umgeworfenen Zustand gerichtet war, die Bewegung vorsichtig beschränkend, wo das Interesse des neu zu bildenden Rechtszustandes, die Herstellung der äußeren Ordnung als Vorwand dienen konnte, den Freunden der alten Ordnung scheinbare Zugeständnisse machend, um ihrer zur Durchführung ihrer Pläne desto sicherer zu sein, dann allmählich ihr eigenes politisches System in den Grundzügen aufführen, ist es ihnen gelungen, zwischen der demokratischen Partei und den Absolutisten eine Mittelstellung zu gewinnen, nach der einen Seite fortschreitend, nach der anderen zurückdrängen, zugleich progressiv — gegen den Absolutismus, reaktionär — gegen die Demokratie.

Das ist die Partei des besonnenen, gemäßigten Bürgertums, von der sich die Volkspartei in ihrer ersten Trunken-

heit hat überlisten lassen, bis ihr endlich, als man sie schnöde zurückstieß, als man sie als Wähler denunzierte und ihr alle möglichen verwerflichen Tendenzen unterschob, die Augen aufgegangen sind, bis sie gewahrt hat, daß sie im Grunde nichts erreicht hat, als was die Herren von der Bürgerschaft mit ihrem wohlverstandenen Interesse für vereinbar halten. Mit sich selbst in Widerspruch gesetzt durch ein undemokratisches Wahlgesetz, geschlagen in den Wahlen, sieht sie jetzt eine doppelte Vertretung sich gegenüber, wovon nur das schwer zu sagen ist, welche von beiden sich entschiedener ihren Forderungen entgegenstemmt. Damit ist dann freilich ihre Begeisterung verraucht und die nüchterne Erkenntnis an die Stelle getreten, daß eine mächtige Reaktion zur Herrschaft gelangt ist, und zwar merkwürdigerweise, noch ehe es überhaupt zu einer Aktion im Sinne der Revolution gekommen ist.

So unzweifelhaft dies alles ist, so gefährlich wäre es, wenn sich jetzt die demokratische Partei unter dem bitteren Gefühle der ersten teilweise selbst verschuldeten Niederlagen bestimmen ließe, zu jenem unseligen, dem deutschen Charakter leider so befreundeten Idealismus zurückzukehren, vermöge dessen ein Prinzip, das nicht sogleich ins Leben geführt werden kann, der fernen Zukunft anempfohlen, für die Gegenwart aber der harmlosen Bearbeitung der „Denker“ überlassen wird.

Wir müssen direkt warnen vor jenen gleisnerischen Freunden, die sich mit dem Prinzip zwar einverstanden erklären, aber die Ausführbarkeit bezweifeln, weil die Welt noch nicht reif dafür sei, die keineswegs gemeint sind, sie reif zu machen, vielmehr es vorziehen, in diesem schlechten Erdendasein selber dem allgemeinen Geschieke der Schlechtigkeit anheimzufallen. Wenn das die Kryptorepublikaner sind, die der Hofrat Gervinus so sehr fürchtet, so stimmen wir ihm von Herzen bei: Die Leute sind gefährlich.

*Camphausens Erklärung
in der Sitzung vom 30. Mai²*

„Neue Rheinische Zeitung“

Nr. 3 vom 3. Juni 1848

Köln, 2. Juni. Post et non propter, d. h. Herr *Camphausen* ist nicht *durch* die Märzrevolution, sondern *nach* der Märzrevolution Ministerpräsident geworden. Diese nachträgliche Bedeutung seines Ministeriums hat Herr *Camphausen* in feierlicher, hochbetuender Manier, mit jener sozusagen ernstesten Körperlichkeit, welche die Mängel der Seele versteckt, am 30. Mai 1848 der in Berlin zwischen ihm und den indirekten Wahlmännern vereinbarten *Versammlung*³ offenbart.

„Das am 29. März gebildete Staatsministerium“, sagt der *denkende Geschichtsfreund*⁴, „ist bald nach einer Begebenheit zusammengetreten, deren Bedeutung es nicht verkannt hat und nicht verkennt.“

Die Behauptung des Herrn *Camphausen*, daß er *vor* dem 29. März *kein* Staatsministerium bildete, wird in den letzten Monatsgängen der *Preußischen Staats-Zeitung* ihren Beleg finden. Und daß ein Datum hohe „Bedeutung“ besitzt, namentlich für Herrn *Camphausen*, welches wenigstens den chronologischen Ausgangspunkt seiner Himmelfahrt bildet, darf zuverlässig angenommen werden. Welche Beruhigung für die verstorbenen Barrikadenkämpfer,

² geschrieben von Marx (MEA, Rubel).

³ Die am 22. Mai 1848 einberufene preußische Nationalversammlung sollte „in Vereinbarung mit der Krone“ die Verfassung ausarbeiten; ihre Sitzungen werden von Marx und Engels als „Vereinbarungsversammlungen“ bezeichnet. Ihre Abgeordneten wurden auf der Grundlage eines allgemeinen, aber indirekten Wahlrechtes gewählt.

⁴ Spottname Marxens für *Camphausen* in Verwendung eines damals bekannten Buchtitels: „Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntnis bis auf unsere Zeiten. Für denkende Geschichtsfreunde bearbeitet von Karl von Rotteck“, Freiburg i. Br. 1834.

daß ihre kalten Leichname als Wegweiser, als Zeigefinger auf das Staatsministerium vom 29. März figurieren. Quelle gloire!

Mit einem Worte: Nach der Märzrevolution bildete sich ein Ministerium Camphausen. Dasselbe Ministerium Camphausen erkennt die „*hohe Bedeutung*“ der Märzrevolution an; wenigstens *verkennt* es sie nicht. Die Revolution selbst ist Bagatelle, aber ihre *Bedeutung*! Sie *bedeutet* eben das Ministerium Camphausen, wenigstens *post festum*.

„Diese Begebenheit“ — die Bildung des Ministeriums Camphausen oder die Märzrevolution? — „gehört zu den wesentlichsten mitwirkenden Ursachen der Umgestaltung unserer *inneren Staatsverfassung*.“

Die Märzrevolution, soll das heißen, ist eine „wesentlich mitwirkende Ursache“ der Bildung des Staatsministeriums vom 29. März, d. h. des Staatsministeriums Camphausen. Oder sollte das bloß sagen: Die preußische Märzrevolution hat Preußen revolutioniert! Eine solche feierliche Tautologie dürfte von einem „*denkenden Geschichtsfreund*“ allenfalls präsumiert werden.

„Wir stehen am Eingange derselben“ (nämlich der Umgestaltung unserer inneren Staatsverhältnisse), „und der Weg *vor* uns ist weit, dies erkennt die Regierung an.“

Mit einem Worte, das Ministerium Camphausen erkennt an, daß es noch einen weiten Weg *vor* sich habe, d. h. es verspricht sich eine *lange* Dauer. Kurz ist die Kunst, d. h. die Revolution, und lang das Leben, d. h. das nachträgliche Ministerium. Es wird zum Überfluß von sich selbst anerkannt. Oder interpretiert man anders die Camphausenschen Worte? Man wird dem *denkenden Geschichtsfreunde* sicher nicht die triviale Erklärung zumuten, daß Völker, die am Eingang einer neuen Geschichtepeche stehen, am Eingang stehen und daß der Weg, den jede Epoche *vor* sich hat, gerade so lang ist, wie die *Zukunft*.

Soweit der *erste* Teil der mühsamen, ernsten, förmlichen, gediegenen und gewiegten Rede des Ministerpräsidenten Camphausen. Sie resumiert sich in drei Worten: *Nach* der Märzrevolution das Ministerium Camphausen. Hohe Bedeu-

tung des Ministeriums Camphausen. Weiter Weg *vor* dem Ministerium Camphausen!

Nun der *zweite* Teil.

„Keineswegs aber haben wir die Lage so aufgefaßt“, doziert Herr Camphausen, „als sei durch diese Begebenheit“ (die Märzrevolution) „eine vollständige Umwälzung eingetreten, als sei die ganze Verfassung unseres Staates umgeworfen worden, als habe alles Vorhandene aufgehört, rechtlich zu bestehen, als müßten alle Zustände rechtlich neu begründet werden. Im Gegenteil. Im Augenblicke seines Zusammentretens hat das Ministerium sich darüber geeinigt, dies als eine Frage seiner Existenz anzusehen, daß der damals zusammenberufene Vereinigte Landtag wirklich und ungeachtet der dagegen eingegangenen Petitionen zusammentrete, daß aus der bestehenden Verfassung heraus mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung übergegangen werde, ohne das Band abzuschneiden, welches das Alte an das Neue knüpft. Dieser unbestreitbar richtige Weg ist innegehalten, dem Vereinigten Landtage ist das Wahlgesetz vorgelegt und mit dessen Beirat erlassen worden. Später versuchte man, die Regierung zu vermögen, das Gesetz aus eigener Machtvollkommenheit zu verändern, namentlich das indirekte Wahlsystem in das direkte zu verwandeln. Die Regierung hat dem nicht nachgegeben. Die Regierung hat keine Diktatur ausgeübt; sie hat sie nicht ausüben können, sie hat sie nicht ausüben *wollen*. Wie das Wahlgesetz rechtlich besteht, so ist es auch tatsächlich zur Ausführung gekommen. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind die Wahlmänner, sind die Abgeordneten gewählt. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind Sie hier, mit der Vollmacht, mit der Krone eine für die Zukunft hoffentlich dauernde Verfassung zu vereinbaren.“

Ein Königreich für eine Doktrin! Eine *Doktrin* für ein Königreich!

Erst kommt die „Begebenheit“, verschämter Titel der *Revolution*. Hinterher kommt die Doktrin und prellt die „Begebenheit“.

Die ungesetzliche „Begebenheit“ macht Herrn Camp-

hausen zum *verantwortlichen* Ministerpräsidenten, zu einem Wesen, das gar keinen Platz, keinen Sinn in dem Alten, in der bestehenden Verfassung hatte. Durch einen Salto mortale setzen wir über das Alte hinweg und finden glücklich einen verantwortlichen Minister, aber der verantwortliche Minister findet noch glücklicher eine Doktrin. Mit dem ersten Lebenshauche eines *verantwortlichen Ministerpräsidenten* war die absolute Monarchie gestorben, verdorben. Unter den Gefallenen derselben befand sich in erster Linie der selige „*Vereinigte Landtag*“, dieses widerliche Gemisch von gotischem Wahn und moderner Lüge. Der „Vereinigte Landtag“ war der „liebe Getreue“, das „Grauchen“ der absoluten Monarchie. Wie die deutsche Republik nur über der Leiche des Herrn Venedey ihren Einzug feiern kann, so das verantwortliche Ministerium nur über der Leiche des „lieben Getreuen“. Der verantwortliche Minister nun sucht sich die verschollene Leiche heraus oder beschwört das *Gespent* des lieben getreuen „Vereinigten“ herauf, das wirklich erscheint, aber unglücklich baumelnd in der Luft schwebt und die absonderlichsten Kapriolen schneidet, da es keinen *Boden* mehr unter seinen Füßen findet, denn der alte *Rechts- und Vertrauensboden* war von der „Begebenheit“ des Erdbebens verschlungen worden. Der Zaubermeister eröffnet dem Gespenst, daß er es berufen, um seinen Nachlaß liquidieren und als loyaler Erbe desselben sich gebaren zu können. Nicht hoch genug könne es diese höfliche Lebensart würdigen, denn im gewöhnlichen Leben lasse man Verstorbene keine Testamente nachträglich ausstellen. Das höchst geschmeichelte Gespenst winkt pagodenmäßig allem zu, was der Zaubermeister befiehlt, macht seine Reverenz beim Exit und verschwindet. Das Gesetz der indirekten Wahl ist sein nachträgliches Testament.

Das doktrinäre Kunststück, wodurch Herr Camphausen „aus der bestehenden Verfassung heraus mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung übergegangen ist“, verläuft sich also wie folgt:

Eine ungesetzliche Begebenheit macht Herrn Camphausen zu einer im Sinne der „bestehenden Verfassung“ des „Alten“ *ungesetzlichen* Person, zum verantwortlichen Ministerpräsi-

denten, zum *konstitutionellen Minister*. Der konstitutionelle Minister macht auf ungesetzliche Weise den *antikonstitutionellen, ständischen, lieben getreuen „Vereinigten“* zur *konstituierenden* Versammlung. Der liebe getreue „Vereinigte“ macht auf ungesetzliche Weise das Gesetz der indirekten Wahl. Das Gesetz der indirekten Wahl macht die Berliner Kammer, und die Berliner Kammer macht die Konstitution, und die Konstitution macht alle folgenden Kammern in alle Ewigkeit.

So wird aus der Gans ein Ei und aus dem Ei eine Gans. An dem kapitolrettenden Geschnatter erkennt das Volk aber bald, daß die goldenen Ledaeier, die es in der Revolution gelegt, entwendet worden sind. Selbst der Abgeordnete *Milde* scheint nicht der Ledasohn zu sein, der fernhinleuchtende Kastor.

*Programme der radikaldemokratischen Partei
und der Linken zu Frankfurt*⁵

„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 7 vom 7. Juni 1848

Köln, 6. Juni. Wir haben unseren Lesern gestern das „motivierete Manifest der radikaldemokratischen Partei in der konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main“ mitgeteilt. Unter der Rubrik Frankfurt finden sie heute das Manifest der Linken. Beide Manifeste scheinen sich auf den ersten Blick kaum anders zu unterscheiden als formell, indem die radikaldemokratische Partei einen unbeholfenen und die Linke einen gewandten Redakteur besitzt. Bei genauerer Ansicht heben sich indes einige wesentliche Unterscheidungspunkte hervor. Das radikale Manifest verlangt eine „ohne Zensus und durch direkte Wahlen“, das der Linken eine durch die „freie Wahl aller“ hervorgebrachte Nationalversammlung. Die freie Wahl aller schließt den Zensus aus, keineswegs aber die indirekte Methode. Und wozu überhaupt dieser unbestimmte, vieldeutige Ausdruck?

Wir begegnen noch einmal dieser größeren Weite und Bieg-

⁵ geschrieben von Marx (Rubel).

samkeit der Forderungen der Linken, im Gegensatz zu den Forderungen der radikalen Partei. Die Linke verlangt „eine vollziehende Zentralgewalt, von der Nationalversammlung auf Zeit gewählt, und ihr verantwortlich“. Sie läßt unentschieden, ob diese Zentralgewalt *aus der Mitte der Nationalversammlung* hervorgehen müsse, wie das radikale Manifest ausdrücklich bestimmt.

Das Manifest der Linken fordert endlich sofortige Feststellung, Verkündung und Sicherstellung der Grundrechte des deutschen Volkes allen möglichen Eingriffen der Einzelregierungen gegenüber. Das radikale Manifest begnügt sich nicht hiermit. Es erklärt, „die Versammlung vereinige jetzt noch alle Staatsgewalten des Gesamtstaates in sich und habe die verschiedenen Gewalten und politischen Lebensformen, die sie zu beschließen berufen sei, auch *sofort* in Wirksamkeit zu setzen und die innere und äußere Politik des Gesamtstaates zu handhaben“.

Beide Manifeste stimmen darin überein, daß sie die „Konstituierung der Verfassung Deutschlands einzig und allein der Nationalversammlung“ überlassen haben wollen und die Mitwirkung der Regierungen ausschließen. Beide stimmen darin überein, daß sie, „unbeschadet der von der Nationalversammlung zu proklamierenden Volksrechte“, den Einzelstaaten die Wahl der Verfassung freigeben, sei es der konstitutionellen Monarchie, sei es der Republik. Beide stimmen endlich darin überein, daß sie Deutschland in einen Bundes- oder Föderativstaat verwandeln wollen.

Das radikale Manifest spricht wenigstens die *revolutionäre* Natur der Nationalversammlung aus. Es nimmt die angemessene revolutionäre Tätigkeit in Anspruch. Das bloße Bestehen einer *konstituierenden* Nationalversammlung, beweist es nicht, daß keine Verfassung mehr *besteht*? Wenn aber keine Verfassung mehr besteht, besteht keine Regierung mehr. Wenn keine Regierung mehr besteht, muß die Nationalversammlung selbst regieren. Ihr erstes Lebenszeichen mußte ein Dekret in sechs Worten sein: „*Der Bundestag ist für immer aufgelöst.*“

Eine konstituierende Nationalversammlung muß vor allem

eine *aktive*, revolutionär-aktive Versammlung sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil nach allerreifster Überlegung, die beste Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nutzt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt?

Die deutsche Nationalversammlung, abgesehen davon, daß sie aus *indirekter* Wahl hervorgegangen, leidet an einer eigentümlich germanischen Krankheit. Sie residiert in Frankfurt am Main, und Frankfurt am Main ist nur ein idealer Mittelpunkt, wie er der bisherigen idealen, d. h. nur eingebildeten Einheit Deutschlands entsprach. Frankfurt am Main ist auch keine große Stadt mit einer großen revolutionären Bevölkerung, die hinter der Nationalversammlung steht, teils schützend, teils vorwärts treibend. Zum erstenmal in der Weltgeschichte residiert die konstituierende Versammlung einer großen Nation in einer kleinen Stadt. Die bisherige deutsche Entwicklung brachte dies mit sich. Während französische und englische Nationalversammlungen auf einem feuerspeienden Boden standen — Paris und London —, mußte die deutsche Nationalversammlung sich glücklich schätzen, einen *neutralen* Boden zu finden, einen neutralen Boden, wo sie in aller behaglichen Stille des Gemütes über die beste Verfassung und die beste Tagesordnung nachdenken kann. Dennoch bot ihr der augenblickliche Zustand Deutschlands Gelegenheit, ihre unglückliche materielle Situation zu überwinden. Sie brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären. Statt dessen überläßt sie unter ihren Augen Mainz der Willkür der Soldateska und deutsche Ausländer den Schikanen Frankfurter Pfahlbürger. Sie langweilt das deutsche Volk, statt es mit sich fortzureißen oder von ihm fortgerissen zu werden. Es existiert für sie zwar ein *Publikum*, das einstweilen noch mit gutmütigem Humor den burlesken Bewegungen des

wiedererwachten heiligen römischen deutschen Reichstagsgespenstes zusieht, aber es existiert für sie kein *Volk*, das in ihrem Leben sein eigenes Leben wiederfände. Weit entfernt, das Zentralorgan der revolutionären Bewegung zu sein, war sie bisher nicht einmal ihr Echo.

Bildet die Nationalversammlung eine Zentralgewalt aus ihrem Schoße, so ist bei ihrer jetzigen Zusammensetzung und nachdem sie den günstigen Augenblick unbenutzt hat vorübergehen lassen, wenig Erquickliches von dieser provisorischen Regierung zu erwarten. Bildet sie keine Zentralgewalt, so hat sie ihre eigene Abdankung unterschrieben und wird bei dem schwächsten revolutionären Luftzug nach allen Seiten hin auseinanderstieben.

Das Programm der Linken, wie der radikalen Seite, hat das Verdienst, diese Notwendigkeit begriffen zu haben. Beide Programme rufen auch mit Heine aus:

„Bedenk' ich die Sache ganz genau,

So brauchen wir gar keinen Kaiser“,

und die Schwierigkeit, „*wer* der Kaiser sein soll“, die vielen guten Gründe, die für einen Wahlkaiser und die ebenso guten Gründe, die für einen Erbkaiser sprechen, werden auch die konservative Majorität der Versammlung zwingen, den gordischen Knoten zu durchhauen, indem sie *gar keinen Kaiser* wählt.

Unbegreiflich ist es, wie die sogenannte radikaldemokratische Partei eine *Föderation* von konstitutionellen Monarchien, Fürstentümchen und Republikchen, einen aus so heterogenen Elementen zusammengesetzten Bundesstaat mit einer republikanischen Regierung an der Spitze — denn weiter ist doch wohl der von der Linken akzeptierte Zentralausschuß nichts — als schließliche Verfassung Deutschlands hat proklamieren können.

Kein Zweifel. Zunächst muß die von der Nationalversammlung gewählte Zentralregierung Deutschlands *neben* den faktisch noch bestehenden Regierungen sich erheben. Aber mit ihrer Existenz beginnt schon ihr Kampf mit den Einzelregierungen, und in diesem Kampfe geht die Gesamtregierung mit der Einheit Deutschlands unter oder die Einzelregierun-

gen mit ihren konstitutionellen Fürsten oder Winkelrepublikern.

Wir stellen nicht das utopistische Verlangen, daß a priori eine *einige unteilbare deutsche Republik* proklamiert werde, aber wir verlangen von der sogenannten radikaldemokratischen Partei, den Ausgangspunkt des Kampfes und der revolutionären Bewegung nicht mit ihrem Zielpunkt zu verwechseln. Die deutsche Einheit, wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebensowohl die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituierung kann nicht *dekretiert* werden; sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben. Es handelt sich daher auch nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Meinung, dieser oder jener politischen Idee; es handelt sich um die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Die Nationalversammlung hat nur die zunächst praktisch möglichen Schritte zu tun.

Nichts konfuser als der Einfall des Redakteurs des demokratischen Manifestes, so sehr er uns versichert, „jeder Mensch ist froh, seine Konfusion loszuwerden“, als an dem *nordamerikanischen Föderativstaat* sich das Maß der deutschen Verfassung nehmen zu wollen!

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstituiert sind, erstrecken sich über ein Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer *europäischen Föderation* könnten sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderiert, muß es vor allem *ein* Land werden. In Deutschland ist der Kampf der Zentralisation mit dem Föderativwesen der Kampf zwischen der modernen Kultur und dem Feudalismus. Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in demselben Augenblicke, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkt ausgeschlossen in demselben Augenblicke, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands an,

die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffesten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain?

Der Redakteur des demokratischen Programms hat übrigens nicht nötig, auf untergeordnete materielle ökonomische Verhältnisse einzugehen. Er hält sich in seiner Motivierung an den Begriff Föderation. Die *Föderation* ist eine *Vereinigung Freier und Gleicher*. Also muß Deutschland ein *Föderativstaat* sein. Können sich die Deutschen nicht auch zu einem großen Staat föderieren, ohne gegen den Begriff von einer Vereinigung Freier und Gleicher zu sündigen?

Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni⁶

„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 18 vom 18. Juni 1848

Köln, 17. Juni. Wir sagten Euch vor einigen Tagen: Ihr leugnet die Existenz der Revolution. Durch eine zweite Revolution wird sie ihr Dasein beweisen.

Die Ereignisse vom 14. Juni⁷ sind nur das erste Wetterleuchten dieser zweiten Revolution, und schon ist das Ministerium Camphausen in voller Auflösung. Die Vereinbarungsversammlung hat dem Berliner Volk ein Vertrauensvotum dekretiert, indem sie sich unter seinen Schutz stellt. Es ist dies die nachträgliche Anerkennung der Märzkämpfer. Sie hat das Verfassungswerk aus den Händen der Minister genommen und sucht sich mit dem Volk zu „vereinbaren“, indem sie eine Kommission zur Prüfung sämtlicher auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Adressen ernennt.

⁶ Nach Rubel geschrieben von Marx, nach MEGA geschrieben von Engels.

⁷ Berliner Zeughaussturm.

Es ist dies die nachträgliche Kassation ihrer Inkompetenz-erklärung⁸. Sie verspricht, das Verfassungswerk durch eine Tat zu beginnen, durch die Abschaffung der untersten Grundlage des alten Baues — der auf dem Land lastenden Feudalverhältnisse. Es ist dies die Verheißung einer Nacht vom 4. August⁹.

Mit einem Wort: Die Vereinbarungsversammlung hat am 15. Juni ihre eigene Vergangenheit geleugnet, wie sie am 9. Juni die Vergangenheit des Volkes leugnete. Sie hat ihren 21. März¹⁰ erlebt.

Noch aber ist die Bastille nicht gestürmt.

Indessen naht vom Osten her ein Apostel der Revolution, unaufhaltsam, unwiderstehlich. Schon steht er vor den Toren von Thorn. Es ist der Zar. *Der Zar wird die deutsche Revolution retten, indem er sie zentralisieren wird.*

*Sturz des Ministeriums Camphausen*¹¹

„Neue Rheinische Zeitung“
Nr. 23 vom 23. Juni 1848

Köln, 22. Juni.

„Scheint die Sonne noch so schön,
Einmal muß sie untergehn“,

und auch die in heißem Polenblut gefärbte Sonne des 30. März¹² ist untergegangen.

Das Ministerium Camphausen hatte sein liberalbürger-

⁸ Erklärung der preußischen Nationalversammlung, für die Frage der Anerkennung der Revolution nicht kompetent zu sein. Engels hatte darüber in der NRhZ vom 14., 15., 16. u. 17. VI. 48 berichtet.

⁹ 4. VIII. 1789 Verkündung der Aufhebung von Feudallasten durch die Frz. Nationalversammlung.

¹⁰ 21. III. 1848 Aufruf Friedr. Wilhelm IV.: An mein Volk und die deutsche Nation.

¹¹ geschrieben von Marx (Rubel).

¹² 30. III. 1848 Amtsantritt des Ministeriums Camphausen, der zeitlich etwa mit dem Aufstand in Posen zur nationalen Befreiung Polens zusammenfällt.

liches Gewand der Konterrevolution umgeworfen. Die Konterrevolution fühlt sich stark genug, um die lästige Maske abzuschütteln.

Ein beliebiges unhaltbares Ministerium des linken Zentrums kann möglicherweise dem Ministerium vom 30. März auf einige Tage folgen. Sein wirklicher Nachfolger ist das *Ministerium des Prinzen von Preußen*. Camphausen hat die Ehre, der absolutistisch-feudalen Partei diesen ihren natürlichen Chef und sich seinen Nachfolger gegeben zu haben.

Wozu noch länger die bürgerlichen Vormünder hätscheln?

Stehen die Russen nicht an der östlichen Grenze und die preußischen Truppen an der westlichen? Sind die Polen nicht durch Schrapnells und Höllenstein für die russische Propaganda geworben?

Sind nicht alle Maßregeln getroffen, um das Bombardement von Prag in fast sämtlichen rheinischen Städten zu wiederholen?

Hat im dänischen, im polnischen Krieg, in den vielen kleinen Konflikten zwischen Militär und Volk die Armee nicht alle Zeit gehabt, sich zu einer brutalen Soldateska auszubilden?

Ist die Bourgeoisie nicht revolutionsmüde? Und erhebt sich nicht mitten im Meer der Fels, worauf die Konterrevolution ihre Kirche bauen wird, *England?*

Das Ministerium Camphausen sucht noch einige Pfennige Popularität zu erhaschen, das öffentliche Mitleid rege zu machen durch die Versicherung, daß es als *Dupe* von der Staatsbühne abtritt. Und sicher ist es ein betrogener Betrüger. Im Dienst der großen Bourgeoisie mußte es die Revolution um ihre demokratischen Früchte zu prellen suchen, im Kampf mit der Demokratie mußte es sich mit der aristokratischen Partei verbünden und das Werkzeug ihrer konterrevolutionären Gelüste werden. Sie ist genug erstarkt, um ihren Protektor über Bord werfen zu können. *Herr Camphausen hat die Reaktion gesät im Sinne der großen Bourgeoisie, er hat sie geerntet im Sinne der Feudalpartei.* Das war die gute Absicht des Mannes, das sein böses Geschick. Einen Pfennig Popularität für den enttäuschten Mann.

Einen Pfennig Popularität!
 Scheint die Sonne noch so schön,
 Einmal muß sie untergehn!
 Doch im *Osten* geht sie wieder auf.

*Die Junirevolution*¹³

„Neue Rheinische Zeitung“
 Nr. 29 vom 29. Juni 1848

Die Pariser Arbeiter sind *erdrückt* worden von der Übermacht, sie sind ihr nicht *erlegen*. Sie sind *geschlagen*, aber ihre Gegner sind *besiegt*. Der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauf mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der Februarrevolution, mit der Auflösung der ganzen alt-republikanischen Partei, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter. Die trikolore Republik trägt nur mehr *eine Farbe*, die Farbe der Geschlagenen, die *Farbe des Bluts*. Sie ist zur *roten Republik* geworden.

Keine republikanische Reputation, sei es vom *National*, sei es von der *Réforme* auf Seite des Volks! Ohne andere Führer, ohne andere Mittel als die Empörung selbst, widerstand es der vereinigten Bourgeoisie und Soldateska länger, als je eine französische Dynastie, mit allem militärischen Apparat versehen, einer mit dem Volk vereinigten Fraktion der Bourgeoisie widerstand. Damit die letzte Illusion des Volkes verschwinde, damit gänzlich mit der Vergangenheit gebrochen werde, mußte auch die gewohnte poetische Zutat der französischen Emeute, die enthusiastische Bourgeoisjugend, die Zöglinge der *école polytechnique*, die dreikrampigen Hüte auf der Seite der Unterdrücker stehen. Die Zöglinge der medizinischen Fakultät mußten den verwundeten Plebejern die Hilfe der Wissenschaft versagen. Die Wissenschaft existiert nicht für den Plebejer, der das unsagbare, das unsägliche

¹³ geschrieben von Marx (MEGA, MEA, Rubel).

Verbrechen beging, sich einmal für seine eigne Existenz in die Schanze zu schlagen, statt für Louis-Philippe oder für Herrn Marrast.

Der letzte offizielle Rest der Februarrevolution, die exekutive Kommission¹⁴, ist vor dem Ernst der Ereignisse wie ein Nebelbild zerflossen. Lamartines Leuchtkugeln haben sich verwandelt in die Brandraketen Cavaignacs.

Die Fraternité, die Brüderlichkeit der entgegengesetzten Klassen, von denen die eine die andere exploitiert, diese Fraternité, im Februar proklamiert, mit großen Buchstaben auf die Stirne von Paris geschrieben, auf jedes Gefängnis, auf jede Kaserne, — ihr wahrer, unverfälschter, ihr prosaischer Ausdruck, das ist der — *Bürgerkrieg*, der Bürgerkrieg in seiner fürchterlichsten Gestalt, der Krieg der Arbeit und des Kapitals. Diese Brüderlichkeit flammte vor allen Fenstern von Paris am Abend des 25. Juni, als das Paris der Bourgeoisie illuminierte, während das Paris des Proletariats verbrannte, verblutete, verächtzte.

Die Brüderlichkeit währte gerade so lange, als das Interesse der Bourgeoisie mit dem Interesse des Proletariats verbrüdet war. Pedanten der alten revolutionären Überlieferung von 1793, sozialistische Systematiker, die bei der Bourgeoisie für das Volk bettelten und denen erlaubt wurde, lange Predigten zu halten und sich so lange zu kompromittieren, als der proletarische Löwe in Schlaf gelullt werden mußte, Republikaner, welche die ganze alte bürgerliche Ordnung mit Abzug des gekrönten Kopfes verlangten, dynastische Oppositionelle¹⁵, denen der Zufall an die Stelle eines Ministerwechsels den Sturz einer Dynastie unterschob, Legitimisten¹⁶ welche die Livrée nicht abwerfen, sondern ihren Schnitt verändern wollten, das waren die Bundesgenossen, womit das Volk seinen Februar machte. Was es in Louis-Philippe instinktmäßig haßte, war nicht Louis-Philippe, sondern die

¹⁴ Regierung der frz. Republik vom 10. V. — 24. VI. 1848.

¹⁵ Unter der Führung von Barrot stehende orléanistische Opposition während der Julimonarchie.

¹⁶ Anhänger der 1814—1830 herrschenden Bourbonen.

gekrönte Herrschaft einer Klasse, das Kapital auf dem Throne. Aber wie immer großmütig, wähnt es seinen Feind vernichtet zu haben, nachdem es den Feind seiner Feinde, den *gemeinschaftlichen* Feind gestürzt hat.

Die *Februarrevolution* war die *schöne* Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathie, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königtum eklatierten, *unentwickelt*, einträchtig nebeneinander schlummerten, weil der soziale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die *Juni-revolution* ist die *häßliche* Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist, weil die Republik das Haupt des Ungeheuers selbst entblöbte, indem sie ihm die schirmende und versteckende Krone abschlug.

Ordnung! war der Schlachtruf Guizots! *Ordnung!* schrie Sébastiani, der Guizotin, als Warschau russisch wurde. *Ordnung!* schreit Cavaignac, das brutale Echo der französischen Nationalversammlung und der republikanischen Bourgeoisie.

Ordnung! donnerten seine Kartätschen, als sie den Leib des Proletariats zerrissen.

Keine der zahllosen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 war ein Attentat auf die *Ordnung*, denn sie ließ die Herrschaft der Klasse, sie ließ die Sklaverei der Arbeiter, sie ließ die *bürgerliche Ordnung* bestehen, sooft auch die politische Form dieser Herrschaft und dieser Sklaverei wechselte. Der Juni hat diese *Ordnung* angetastet. Wehe über den Juni!

Unter der *provisorischen Regierung* war es Anstand und noch mehr, es war *Notwendigkeit*, den großmütigen Arbeitern, die, wie man in Tausend von offiziellen Plakaten abdrucken ließ, „*drei Monat Elend zur Verfügung der Republik bereitstellten*“, es war Politik und Schwärmerei zugleich, ihnen vorzupredigen, die Februarrevolution sei *in ihrem eigenen Interesse* gemacht und es handle sich in der Februarrevolution vor allem um die *Interessen der Arbeiter*. Seit der *Eröffnung* der Nationalversammlung — wurde man prosaisch. Es handelte sich nur noch darum — *die Arbeit auf ihre alten*

Bedingungen, wie der Minister Trélat sagte, *zurückzuführen*. Also die Arbeiter hatten sich im Februar geschlagen, um in eine industrielle Krise geworfen zu werden.

Das Geschäft der Nationalversammlung besteht darin, den Februar ungeschehen zu machen, wenigstens für die Arbeiter, und sie in die alten Verhältnisse zurückzuwerfen. Aber selbst das geschah nicht, weil es so wenig in der Gewalt einer Versammlung wie eines Königs steht, einer industriellen Krise von universellem Charakter zuzurufen: *bis hierhin!* Die Nationalversammlung, im brutalen Eifer, zu enden mit den verdrießlichen Februarredensarten, ergriff selbst *die* Maßregeln nicht, die auf dem Boden der alten Verhältnisse möglich waren. Die Pariser Arbeiter von 17–25 Jahren preßt sie für die Armee oder wirft sie auf das Pflaster; die auswärtigen verweist sie aus Paris in die Sologne, ohne ihnen selbst die zum Laufpaß gehörigen Gelder auszuzahlen; den erwachsenen Parisern versichert sie provisorisch ein Gnadenbrot in militärisch organisierten Werkstätten, unter der Bedingung, daß sie an keiner Volksversammlung teilnehmen, d. h. unter der Bedingung, daß sie aufhören Republikaner zu sein. Nicht die sentimentale Rhetorik nach dem Februar reichte aus, nicht die brutale Legislatur nach dem 15. Mai¹⁷. Faktisch, praktisch mußte entschieden werden. Habt ihr Kanailles die Februarrevolution für *euch* gemacht oder für *uns*? Die Bourgeoisie stellte die Frage so, daß sie den Juni beantwortet werden mußte — mit Kartätschen und Barrikaden.

Und dennoch schlägt, wie ein Volksrepräsentant am 25. Juni sagt, der Stupor die ganze Nationalversammlung. Sie ist betäubt, als Frage und Antwort das Pflaster von Paris in Blut ertränken, betäubt, die einen, weil ihre Illusionen

¹⁷ 15. V. 1848 Auflösung der Nationalversammlung durch revolutionisierende Arbeiter infolge Ablehnung ihrer Forderung nach sozialen Maßnahmen; Bildung einer provisorischen Regierung mit Barbès, Blanqui, Blanc, Proudhon, Labet u. a. Nach deren Verhaftung erläßt die Exekutivkommission eine Reihe von Dekreten, die revolutionäre Aktionen des Proletariats verhindern sollen. Siehe auch „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, dieser Bd., S. 121 ff.

im Pulverdampf zerrinnen, die anderen, weil sie nicht begreifen, wie das Volk es wagen kann, seine *allereigensten* Interessen *selbständig* zu vertreten. *Russisches Geld, englisches Geld, der bonapartistische Adler, die Lilie, Amulette* aller Art müssen dies sonderbare Ereignis ihrem Verstande vermitteln. *Beide Teile* der Versammlung aber fühlen, daß eine unermeßliche Kluft sie von dem Volke trennt. Keine wagt, sich für das Volk zu erheben.

Sobald der Stupor vorüber ist, bricht die Raserei aus, und mit Recht zischt die Majorität jene elenden Utopisten und Heuchler aus, die den Anachronismus begehen, noch die Phrase *Fraternité, Brüderlichkeit*, im Mund zu führen. Es handelte sich ja eben um die Abschaffung dieser Phrase und der Illusionen, die ihr vieldeutiger Schoß verbirgt. Als *Larochejaquelein*, der Legitimist, der ritterliche Schwärmer, gegen die Infamie eiferte, mit der man „*Vae victis! Weh den Besiegten!*“ ausruft, gerät die Majorität der Versammlung in Veitstänze, als wäre sie von der Tarantel gestochen. Sie schreit *Weh!* über die Arbeiter, um zu verbergen, daß niemand anders der „*Besiegte*“ ist als sie selbst. Entweder sie muß jetzt untergehen oder die Republik. Und darum heult sie krampfhaft: Es lebe die Republik!

Der tiefe Abgrund, der sich vor uns eröffnet hat, darf er die Demokraten irren, darf er uns wähen lassen, die Kämpfe um die Staatsform seien inhaltlos, illusorisch, null?

Nur schwache, feige Gemüter können die Frage aufwerfen. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen.

Man wird uns fragen, ob wir keine Träne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wut des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie?

Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen, Dekrete